

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

**Sondersitzung des Hauptausschusses - Haushaltsberatung (gemeinsame Sitzung mit dem Bauausschuss)**

Sitzungstermin:	Mittwoch, 09.09.2020
Sitzungsbeginn:	16:45 Uhr
Sitzungsende:	19:00 Uhr
Sitzungsort:	Strandhotel - MARITIM, Trelleborgallee 2, Travemünde
<b>Anwesende Mitglieder</b>	
<b>Vorsitz</b>	
Peter Petereit - SPD	
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>	
Stadtpräsidentin Gabriele Schopenhauer - SPD	
Michelle Akyurt - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Jana Borchers - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Frau Birte Duggen
Thorsten Fürter - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Dagmar Hildebrand - CDU	
David Jenniches - AfD	
Ragnar Harald Lüttke - DIE LINKE	
Thomas Misch - FREIE WÄHLER & GAL	
Oliver Prieur - CDU	
1. Stellv. Stadtpräsident Klaus Puschadel - CDU	Vertretung für: Herrn Ulrich Krause
Thomas Rathcke - FDP	
Peter Reinhardt - SPD	
Bernhard Simon - CDU	
Detlev Stolzenberg - Die Unabhängigen	
<b>Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht</b>	
Lothar Möller - BfL	
<b>Beiratsmitglieder</b>	
Margret Wulf-Wichmann - Seniorenbeirat	
Götz Gebert - Seniorenbeirat	
<b>Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion</b>	
Roland Vorkamp - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Sabine Haltern - SPD	
Antje Jansen - FREIE WÄHLER & GAL	

Dr. Marek Lengen - SPD	
Christopher Lötsch - CDU	
<b>Verwaltung</b>	
Bürgermeister Jan Lindenau - FB 1 - Bürgermeister	
Senator Sven Schindler - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Senator Ludger Hinsen - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	
Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen	
Oliver Groth - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Tim Klüssendorf - 1.000 Bürgermeister Persönlicher Ref.	
Tatjana Voskuhl - 1.300 Recht	
Dennis Bössow - 1.201 Haushalt und Steuerung	
Marion Höfs - FBC FB 4	
Thomas Manke - Strategie und Innovation	bis TOP 5.1 / 17:30 Uhr
Markus Toll - FBC FB 5	
Manfred Uhlig - 1.201 - Haushalt und Steuerung	
Aiko Wagner - FBC FB 4	
<b>Protokollführung</b>	
Nadine Markmann - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
<b>Sonstige Personen</b>	
VertreterInnen der Presse -	
Zuhörerinnen und Zuhörer -	
<b>Entschuldigte Mitglieder</b>	
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>	
Birte Duggen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	- entschuldigt -
Ulrich Krause - CDU	- entschuldigt -
<b>Verwaltung</b>	
Senatorin Kathrin Weiher - FB 4 - Kultur und Bildung	- entschuldigt -

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	AM Pluschkell (SPD) und Lötsch (CDU): Umsetzung Haushaltsbegleitbeschluss 2020	<b>VO/2020/09231</b>
3.1.1	AM Pluschkell (SPD) und Lötsch (CDU): Umsetzung Haushaltsbegleitbeschluss 2020	<b>VO/2020/09231-01</b>
3.2	Anfrage von AM Oliver Prieur (CDU): Umsetzungsstand Haushaltsbegleitbeschluss zum Haushalt 2020	<b>VO/2020/09241</b>
3.2.1	Antwort auf die Anfrage von AM Oliver Prieur (CDU): Umsetzungsstand Haushaltsbegleitbeschluss zum Haushalt 2020 - VO/2020/09241	<b>VO/2020/09270</b>
3.3	NEU: mündl. Antwort zur Vorlage unter TOP 3.3 in der Sitzung des Hauptausschusses am 08.09.2020: Haushaltsplanung der Stiftung Haus der Jugend für das Haushaltsjahr 2021 - VO/2020/09106	
3.4	NEU: mündl. Antwort zur Vorlage unter TOP 3.4 in der Sitzung des Hauptausschusses am 08.09.2020: Haushaltsplan der Stiftung "Lübecker Altstadt" für das Haushaltsjahr 2021 - VO/2020/09175	
3.5	NEU: mündl. Antwort zur Vorlage unter TOP 3.5 in der Sitzung des Hauptausschusses am 08.09.2020: Haushaltspläne der Stiftungen HGH-JJK-WS-KOD-LW-VT für das Haushaltsjahr 2021 - VO/2020/09092	
4	Berichte	
4.1	2. Zwischenbericht 2020 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan der Hansestadt Lübeck	<b>VO/2020/09222</b>
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Haushalt 2021	<b>VO/2020/09154</b>
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8	Gleichstellung	

9	Verschiedenes	
10	Ende des öffentlichen Teils	
16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

## **zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen**

Der Vorsitzende des Hauptausschusses, Herr Petereit (Vorsitzender), der in Abstimmung mit dem Vorsitzenden des Bauausschusses, Herrn Lötsch, die heutige gemeinsame Sitzung des Haupt- und Bauausschusses leitet, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der jeweiligen Beschlussfähigkeit.

Der Vorsitzende des Bauausschusses verpflichtet das (stellvertretende) bürgerliche Ausschussmitglied Herr Jan Ingwersen (CDU) mit den Worten: "Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein."

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass der Mund- und Nasenschutz auch auf dem Weg vom Sitzplatz zum Mikrofon zu tragen sei.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

TOP 3.1 und TOP 3.1.1 (VO/2020/09231 bzw. 9231-01) - Anfrage AM Pluschkell (SPD) und AM Lötsch (CDU): Umsetzung Haushaltbegleitbeschluss 2020

TOP 3.2 und TOP 3.2.1 (VO/2020/09241 bzw. 9270) - Anfrage AM Prieur (CDU): Umsetzungsstand zum Haushalt 2020

TOP 4.1 (VO/2020/09222) - 2. Zwischenbericht 2020 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan der Hansestadt Lübeck

Der Vorsitzende weist zusätzlich darauf hin, dass die Beschlussvorlage (VO/2020/09154 - Haushalt 2021), die ursprünglich in der Einladung dem TOP 6 zugeordnet war, nun unter TOP 5.1 (Beschlussvorlagen) zugeordnet sei.

Der Vorsitzende ergänzt, dass unter TOP 3.3, TOP 3.4 und TOP 3.5 mündliche Mitteilungen der Verwaltung zu Anfragen aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 08.09.2020 erfolgen sollen.

***Haupt- und Bauausschuss beschließen einstimmig  
die beantragte Erweiterung der Tagesordnung  
unter Anerkennung der gegebenen Dringlichkeit.***

## **zu 2 Genehmigung der Niederschrift**

## **zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen**

**zu 3.1 AM Pluschkell (SPD) und Lötsch (CDU): Umsetzung Haushaltsbegleitbeschluss 2020**  
**Vorlage: VO/2020/09231**

**zu 3.1.1 AM Pluschkell (SPD) und Lötsch (CDU): Umsetzung Haushaltsbegleitbeschluss 2020**  
**Vorlage: VO/2020/09231-01**

Zu den gegebenen Antworten lässt der Vorsitzende Nachfragen zu:

Herr Lötsch möchte zum Punkt 3 (Radverkehrswege und –anlagen) wissen, warum die Verwaltung das umsetze, was der Runde Tisch Radverkehr (RTR) vorschlage und nicht das, was in der Bürgerschaft beschlossen worden sei. Der RTR sei nur ein Beratungsgremium, welches seinerzeit von der CDU initiiert wurde und die Bürgerschaft dagegen ein Beschlussgremium. Er möchte weiter wissen, ob die 200.000 Euro als Haushaltsreste nach 2021 übertragbar wären.

Frau Hagen führt aus, dass der politisch besetzte RTR die Priorität bei der Herrichtung der innerstädtischen Radwege sehe. Möglicherweise bestehe hier ein Kommunikationsdefizit, weswegen die zusagt,-in Zukunft die Empfehlungen des RTR, im Anschluss an die Sitzungen im Bauausschuss vorzustellen. Frau Hagen bestätigt, dass die angefragten 200.000 Euro nach 2021 übertragbar seien.

Herr Lötsch merkt zum Punkt 8 (Beleuchtung / Angsträume) an, dass hierzu am 29.11.2018 im Bauausschuss ein Bericht in Aussicht gestellt worden sei, dieser aber bisher nicht vorgelegen habe, und warum im Haushalt 2021 keine Mittel angemeldet seien.

Frau Hagen berichtet aus einer gemeinsamen Sitzung u.a. mit der Polizei, dem Frauenbüro und Teilen der Verwaltung, dass dort kein konkreter Bedarf abgeleitet werden konnte. Insbesondere die Kriminalstatistik der Polizei lasse keine gezielte Maßnahmenidentifikation zu. Darüber hinaus sei festgestellt worden, dass die Definition „Angsträum“ weiter gefasst werde und die Aspekte umfasse, die über Beleuchtung weit hinausgingen.

Herr Prieur merkt an, dass es diverse Beispiele gegeben habe, wo eine Umsetzung geprüft werden solle. Er weist darauf hin, dass es beim Landesinnenministerium eine Abteilung gebe, die in Kooperation mit der Landespolizei arbeite und Kommunen bezüglich des Themas berate.

Herr Toll führt aus, dass im Haushalt grundsätzlich Mittel für die Beleuchtung vorhanden seien, um auch schnell reagieren zu können, daher wäre es nicht notwendig zusätzliche Mittel einzustellen.

Herr Lötsch entgegnet, dass der Grundgedanke bei dem Auftrag gewesen sei, bisher unbeleuchtete dunkle Wege und Straßen zu beleuchten und nicht der Wechsel zum Beispiel zur LED-Beleuchtung.

Herr Lötsch weist zu Punkt 11 (Investitionscontrolling) auf den Beschluss des Bauausschusses hin, dass dort ein Quartalsbericht erfolgen solle, dieser bisher aber nicht umgesetzt worden sei. Herr Uhlig weist darauf hin, dass die Verwaltung mit dem unter TOP 4.1 stehenden zweiten Zwischenbericht hierzu den ersten Aufschlag getan habe. Er schlägt vor, als nächsten Schritt zu diskutieren und festzulegen, wie weiter verfahren werden solle.

Herr Bürgermeister Lindenau weist auf den von Herrn Uhlig angesprochenen Zwischenbericht hin, in dem 70% aller investiven Maßnahmen abgebildet werden. Um darüber hinaus auch noch weitere Investitionsmaßnahmen abzubilden, wäre ein unverhältnismäßiger Auf-

wand notwendig. Der vorgelegte Bericht zeige die Daten, die automatisch generiert werden können.

Frau Haltern möchte zum Thema Parkhäuser (Punkt 9) wissen, warum der Bau einer möglichen Parkpalette am Lotsenberg den Bau des beschlossenen Parkhauses am Fahrenberg behindere.

Herr Schindler erläutert, dass eine parallele Ausschreibung für beide Parkhäuser nicht zielführend sein könne.

Herr Prieur merkt an, dass die damalige Grundvoraussetzung für den Beschluss des B-Planes am Fahrenberg gewesen sei, dort eine Parkpalette zu errichten.

Herr Schindler erläutert, dass der ursprüngliche Beschluss laute, dass aus den übrig gebliebenen Mitteln aus dem Verkauf des Grundstücks eine Parkpalette am Fahrenberg oder am Lotsenberg errichtet werden solle. Die Verwaltung habe sich seinerzeit für den Lotsenberg entschieden.

Der Vorsitzende Herr Petereit schlägt vor, dies bis zum Haushaltsbeschluss in der Bürgerschaft am 24.09.2020 zu klären.

Herr Fürter möchte zum Punkt 2 (Bäume für den Klimaschutz) wissen, ob es zu einer Zählung der jeweils neu gepflanzten Bäume komme, um den aktuellen Baumbestand, auf dem Weg zu einer Millionen neuen Bäume, zu erfahren.

Herr Hinsen erläutert, dass eine Zählung erfolgen werde. Da sich Bäume jedoch auch eigenständig aussähen, kann die Angabe der Anzahl an gepflanzten Bäumen nur grob erfolgen. Aus Vegetationsgründen konnte mit der Pflanzung noch nicht begonnen werden. Der Beginn der Pflanzungen sei für Herbst dieses Jahres vorgesehen.

Herr Müller-Horn führt aus, dass es zum Thema Parkhäuser (Punkt 9) aus seiner Sicht keinen Zusammenhang mit einer Vergabe der Erbbaurechte und der Errichtung der Parkhäuser gebe. Der Parkplatz am Leuchtenfeld sei in einem desolaten Zustand und es könne nicht mindestens zwei Jahre gewartet werden, bis eine europaweite Ausschreibung für eine Parkpalette abgeschlossen sei. Er plädiere dafür, zügig beide Parkpaletten zu realisieren.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.2**     **Anfrage von AM Oliver Prieur (CDU): Umsetzungsstand Haushaltsbegleitbeschluss zum Haushalt 2020**  
**Vorlage: VO/2020/09241**

**zu 3.2.1**   **Antwort auf die Anfrage von AM Oliver Prieur (CDU): Umsetzungsstand Haushaltsbegleitbeschluss zum Haushalt 2020 - VO/2020/09241**  
**Vorlage: VO/2020/09270**

Keine Wortmeldung.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.3 NEU: mündl. Antwort zur Vorlage unter TOP 3.3 in der Sitzung des Hauptausschusses am 08.09.2020:  
Haushaltsplanung der Stiftung Haus der Jugend für das Haushaltsjahr 2021 - VO/2020/09106**

Herr Prieur möchte wissen, wie die 12 Mio. Euro für die Priwall Promenade zustande kämen, da ursprünglich nur von 9,2 Mio. Euro die Rede gewesen sei.

Frau Hagen erläutert, dass die Kosten richtigerweise 9,2 Mio. Euro betragen, es aber Vorgängermaßnahmen gegeben habe, die durch die Lübeck Port Authority beauftragt worden seien (Ufersicherung, Befestigung der Kaikante, usw.). Diese Mittel in Höhe von 2,8 Mio. Euro werden auch vom Land gefördert.

Herr Reinhardt merkt an, dass der Anteil der Hansestadt Lübeck seinerzeit nur 1,8 Mio. Euro betragen habe und auch so beschlossen wurde und es nun 4,0 Mio. Euro seien.

Frau Hagen erklärt, dass es eine Nachtragsvorlage gegeben habe, die auch im Hauptausschuss beschlossen wurde. Frau Hagen sagt eine Nachlieferung der Vorlagennummer zu.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.4 NEU: mündl. Antwort zur Vorlage unter TOP 3.4 in der Sitzung des Hauptausschusses am 08.09.2020:  
Haushaltsplan der Stiftung "Lübecker Altstadt" für das Haushaltsjahr 2021 - VO/2020/09175**

Es wird angemerkt, dass Herr Dr. Flasbarth eine Nachfrage zum Tarifgutachten gehabt habe, und ob dies im Haushalt 2021 geordnet sei.

Frau Hagen erläutert, dass dies nicht der Fall sei, da die Finanzierung noch offen und maßnahmenabhängig wäre. Die Gutachten werden voraussichtlich erst Ende Oktober 2020 vorliegen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.5 NEU: mündl. Antwort zur Vorlage unter TOP 3.5 in der Sitzung des Hauptausschusses am 08.09.2020:  
Haushaltspläne der Stiftungen HGH-JJK-WS-KOD-LW-VT für das Haushaltsjahr 2021 - VO/2020/09092**

Die Nachfrage bezog sich auf TOP 3.9 der Sitzung vom 08.09.2020: Beteiligung am Projektauftrag zum Bundesprogramm... VO/2020/09143.

Herr Stolzenberg möchte wissen, ob der Verkehrsversuch Beckergrube auch bis zum Ko-berg ausgedehnt werden könne.

Frau Hagen führt aus, dass hierfür die Rahmenbedingungen vom Bereich Stadtplanung und Bauordnung geprüft worden seien, und festgestellt wurde, dass diese Erweiterung nicht in das Förderprogramm passe.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4 Berichte**

**zu 4.1 2. Zwischenbericht 2020 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan der Hansestadt Lübeck  
Vorlage: VO/2020/09222**

Es sprechen Frau Haltern und Frau Hagen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	

	Kennntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

<b>zu 5</b>	<b>Beschlussvorlagen</b>
-------------	--------------------------

<b>zu 5.1</b>	<b>Haushalt 2021</b> <b>Vorlage: VO/2020/09154</b>
---------------	---

Herr Uhlig präsentiert und erläutert den Allgemeinen Teil des Haushalts und weist in diesem Zusammenhang noch einmal auf den Interaktiven Haushalt hin.

**Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für Straßen, Wege und Brücken (26,7 Mio. Euro):**

Herr Vorkamp möchte wissen, warum nun auf einmal die Sanierung der Jürgen-Wullenwever-Straße im Haushalt aufgeführt sei, obwohl gesagt wurde, dass dort kein Sanierungsbedarf bestehe.

Frau Hagen erläutert, dass es im Zusammenhang mit dem Masterplan Straßen eine Befahrung aller Straßen in Lübeck gegeben habe und hierbei festgelegt wurde, dass eine Sanierung notwendig sei, auch um die Verkehrssicherungspflicht einzuhalten.

Herr Lüttke möchte wissen, ob die Sanierung der mittleren Breiten Straße zur Ertüchtigung für LKW-Verkehre ein Etikettenschwindel sei, da es sich hierbei um eine Fußgängerzone handle. Seiner Meinung nach, müsse mehr Geld in die Geh- und Radwege investiert werden, um die angestrebte Verkehrswende zu realisieren. Er möchte auch wissen, ob es am Untergrund der Straße liege, dass diese bereits nach sieben Jahren saniert werden müsse.

Frau Hagen führt aus, dass dies kein Etikettenschwindel sei und die Verwaltung erstmals hier transparent die geplanten Maßnahmen vorstelle. Die mittlere Breite Straße zwischen Mengstraße und Beckergrube sei in einem sehr desolaten Zustand, sodass eine Sanierung zwingend notwendig sei, auch um in erster Linie die Verkehrssicherungspflicht zu gewährleisten.

Herr Lötsch möchte zur Beckergrube / Theaterplatz wissen, wofür die 100.000 Euro im Haushalt 2021 geordnet seien.

Frau Hagen erklärt, dass dies eine sogenannter „Platzhalter“ sei, um auf auftretende Eventualitäten schnell reagieren zu können, da teilweise nur eine provisorische Umsetzung stattgefunden habe.

Herr Lötsch möchte wissen, ob es einen fachlichen Grund gebe, warum für die Stadtgrabenbrücke im Haushalt 2021 noch nicht die Finanzmittel zur Umsetzung geordnet werden.

Frau Hagen merkt an, dass das Fachpersonal momentan die Priorität auf die Mühlenbrücke legen müsse, es aber angedacht sei im Herbst 2020 einen Bericht zur Stadtgrabenbrücke in den Bauausschuss zu bringen. Für den Fortschritt der Maßnahme Stadtgrabenbrücke wurden zudem 150.000 Euro für 2021 angemeldet.

Herr Lötsch möchte wissen, an welcher Stelle der Radschnellweg geordnet sei.

Frau Hagen erläutert, dass dieser nicht im Haushalt 2021 enthalten sei.

Herr Lötsch möchte wissen, wofür die rund 500.000 Euro genau ausgegeben werden im Zusammenhang mit dem Verbindungsweg vom Vorwerker Friedhof zum Bauhof im Ratekauer Weg.

Herr Toll führt aus, dass dieser Weg notwendig sei, damit die nicht für den Straßenverkehr zugelassenen Unterhaltungsfahrzeuge für den Friedhof vom Bauhof dorthin gelangen können. Nähere Erläuterungen werden bis spätestens zur nächsten Sitzung des Bauausschusses am 21.09.2020 zugesagt.

Herr Prieur möchte wissen, ob die Ausbesserung der Granitplatten mit neu zu kaufendem Material erfolge oder ob hierfür auch die eingelagerten Steine in der Wallstraße benutzt werden.

Frau Hagen führt aus, dass sie nicht wisse ob und wie viele Steine dort noch lagern und dass sicherlich zuerst die Bestände aufgebraucht werden.

Herr Rathcke möchte wissen, ob bei großen Bauprojekten auch das Bonus- Malus-System eingesetzt werde.

Frau Hagen verweist in diesem Zusammenhang auf das Verfahren im Zusammenhang mit der Bahnhofsbrücke, bei dem auch von Anfang an eine anwaltliche Beratung dabei sei.

Herr Rathcke möchte weiter wissen, ob es auch Wertgrenzen gebe.

Frau Hagen verweist auf eine Vorlage im Bauausschuss, in der das Risikomanagement bei großen Projekten im FB5 erläutert sei.

Herr Lötsch möchte zur Maria-Goeppert-Straße im Hochschulstadtteil wissen, warum hier die Hansestadt Lübeck Geld investieren müsse, nur weil die Technische Hochschule dort Gebäude errichte.

Frau Hagen sagt nähere Erläuterungen bis spätestens zur nächsten Sitzung des Bauausschusses am 21.09.2020 zu.

Herr Leber spricht noch einmal die über 100 Flicker in der Breiten Straße an und rät der Verwaltung sich auch mit dem Untergrund zu beschäftigen, um eine längere Lebensdauer der Straßenoberfläche zu gewährleisten.

Frau Hagen bestätigt ihm, dass dies auch seitens der Verwaltung vorgesehen sei.

Frau Haltern möchte wissen, für welches Parkhaus die in 2022 angesetzten 1,5 Mio. Euro vorgesehen seien.

Frau Hagen führt aus, dass dies für das Parkhaus am Fahrenberg vorgesehen sei.

### **Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für Schulbauinvestitionen (23,4 Mio. Euro):**

Herr Dr. Lengen führt aus, dass im Haushalt 2020 Mittel eingestellt seien, die aber nicht umgesetzt worden und ob diese Mittel in den Haushalt 2021 mit einfließen.

Frau Hagen verweist darauf, dass es bei der Hansestadt Lübeck einen großen Instandhaltungsstau gebe und aus diesem Grund nicht alle Mittel abgerufen werden konnten. Hierbei komme es zu Maßnahmenverschiebungen in 2021 bzw. die Folgejahre.

Frau Haltern möchte wissen, ob die Finanzmittel für die Umnutzung der Hausmeisterwohnung der Mühlenweg-Schule vollständig beim GMHL geordnet werden.

Frau Hagen sagt nähere Erläuterungen bis spätestens zur nächsten Sitzung des Bauausschusses am 21.09.2020 zu. Direkt im Nachgang zur Sitzung konnte Frau Haltern bereits bestätigt werden, dass bei GMHL ausreichend Mittel geordnet wurden.

Herr Prieur möchte wissen, was sich beim Produktkonto 511003022 mit der Maßnahme „Sanierung Innenstadt“ verberge und welche Schule hier gemeint sei.

Herr Toll erläutert, dass es sich hierbei um einen technischen Fehler im interaktiven Haushalt handle und dadurch eine falsche Begründung zugeordnet worden sei. Es handle sich um Städtebaufördermittel, die vom Bereich Stadtplanung und Bauordnung verwaltet werden.

### **Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für die Hafeninvestitionen (20,0 Mio. Euro):**

Herr Fürter möchte wissen, wie hoch die Anteile seien, die von den Hafенbetrieben wieder an die Hansestadt Lübeck zurückerstattet werden.

Herr Uhlig führt aus, dass über die bestehenden Pachtverträge eine Rentierlichkeit für die Hansestadt Lübeck gegeben sei.

#### **Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für die Hochbauinvestitionen (12,9 Mio. Euro):**

Herr Prieur möchte wissen, wie es zu den Kostensteigerungen beim Buddenbrookhaus kommen konnte und ob die Aussage des Stiftungsrates richtig sei, dass hierfür die Schuld beim GMHL liege und es auch noch Probleme mit dem Denkmalschutz gebe.

Frau Hagen erläutert, dass man sich momentan noch in einer frühen Planungsphase befände und auch noch einiges abzustimmen sei.

Herr Bürgermeister Lindenau ergänzt, dass die für 2021 geordneten Mittel in Höhe von 900.000 Euro keine Baukosten, sondern Planungsmittel seien.

Herr Prieur möchte wissen, warum der Kleine Bauhof, entgegen früherer Aussagen im Bauausschuss doch noch wieder saniert werde und dafür insgesamt Mittel in Höhe von 2,0 Mio. Euro für 2021 und 2022 vorgesehen seien.

Frau Hagen erklärt, dass die dortigen Mitarbeitenden ins Palais Rantzau gezogen seien und es einen dringenden Bedarf für die Kolleg:innen der Bauordnung gebe, die nach der Sanierung dort einziehen werden. Der momentane Standort Mühlendamm 22 werde dann aufgegeben.

Herr Bürgermeister Lindenau ergänzt, dass es über einen Zeitraum von fünf Jahren teurer sei externe Immobilien anzumieten, als hier zu sanieren. Dies sei eine Zwischenlösung als wirtschaftliche Betrachtung.

Weiterhin bittet Herr Prieur um Mitteilung, warum für einen eventuellen Ankauf des Bundesbankgebäudes ein Ansatz in Höhe von ca. 520.000 Euro vorgesehen sei, obwohl die Machbarkeitsstudie, sowie eine Vorlage für den Ankauf noch nicht vorliege. Herr Bürgermeister Lindenau teilt hierzu mit, dass es sich um einen vorausschauenden Ansatz handle. Es seien noch keine Mittel geflossen. Die Ansatzhöhe werde nochmal geprüft.

Frau Haltern möchte wissen, warum für das Standesamt Fördermittel eingefordert wurden und dieses Projekt nicht im Haushalt beim GMHL auftauche.

Frau Hagen erklärt, dass es dies Projekt nicht geschafft habe über die Prioritätenliste in den Haushalt zu gelangen.

Herr Stolzenberg möchte wissen, wie es um das Feuerwehrgerätehaus in Kronsforde aussehe.

Herr Hinsen führt aus, dass es Planungskosten in 2020 gebe, allerdings der genaue Standort noch nicht festgelegt sei und aus diesem Grund auch noch keine Mittel gebunden wurden.

Herr Lötsch spricht die Planungsmittel im Haushalt 2020 von rund 200.000 Euro für die Feuerwehr Steinrade an und möchte wissen, ob die getroffene Zusage, dass 2021 gebaut werde, noch Bestand habe.

Herr Hinsen bestätigt ihm, dass 2021 gebaut werden solle.

#### **Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für die Feuerwehrinvestitionen (9,4 Mio. Euro):**

#### **Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für die Sporthallen, Grundstücke und Sportflächen (4,2 Mio. Euro):**

Herr Prieur hinterfragt, warum für die LED-Grundbeleuchtung der Hansehalle für 2021 noch Mittel eingestellt seien. Seinem Wissen nach ist der Abschluss der Maßnahme im Jahr 2020

vorgesehen. Herr Toll teilt hierzu mit, dass dies dem geschuldet sei, dass im Jahr 2021 noch nachgelagert Rechnungen eingehen werden, sodass Auszahlungsreste bestünden.

Weiterhin bittet Herr Prieur um Mitteilung, warum für die Ertüchtigung der Hansehalle für die Bundesliga ab 2022 keine Mittel mehr eingestellt wurden.

Zur Tribüne Mühlenbachtal bittet Herr Prieur um Mitteilung, wie die umgeschichteten 45.000 Euro geordnet wurden.

Eine Beantwortung der letzten beiden Fragen von Herrn Prieur wird bis zur Haushaltssitzung der Bürgerschaft zugesagt.

Herr Stolzenberg möchte wissen, wie sich die Summe für Grundstückseinkäufe in Höhe von 14 Mio. Euro zusammensetzt.

Herr Uhlig erläutert, dass dies ein sogenannter Sammeltopf sei, aus dem kalkulierte, aber auch konkrete Planungen abgewickelt werden.

Der Vorsitzende unterbreitet den Vorschlag, die Vorlage ohne Votum passieren zu lassen.

### **Beschluss:**

1. Der **Produkthaushaltsplan** bestehend aus
  - dem Vorbericht Anlage 1
  - je Produkt aus der Produkthaushaltsseite, dem Ergebnis- und Finanzplan Anlage 2
  - dem Stellenplan sowie Anlage 3
  - dem Beteiligungsbericht Anlage 4
- wird beschlossen.
2. Die den Haushaltsanmeldungen zugrunde liegenden Maßnahmen aus den städtischen Budgetübersichten Anlage 5 werden zur Kenntnis genommen.  
Der Bürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Schritte einzuleiten, um die u.a. in dem Haushalt 2021 vorgesehenen Aufwendungskürzungen und damit verbundenen Minderauszahlungen bzw. die Ertragssteigerungen und die damit verbundenen Mehreinzahlungen zu realisieren.
3. Ergänzend werden die Fortsetzung der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung gemäß Haushaltsbegleitbeschluss 2019 aus dem mit dem Land Schleswig-Holstein geschlossenen Konsolidierungsvertrag Anlage 6 wie auch die Durchführungsbestimmungen zum Haushalt 2021 Anlage 7 beschlossen.
4. Der Bürgermeister wird ermächtigt, bis zu einem Betrag von 180 Mio. EUR Kassenkredite mit einer Laufzeit über das Haushaltsjahr hinaus aufzunehmen. Die maximale Laufzeit dieser Kassenkredite ist auf das Ende der mittelfristigen Finanzplanung zu begrenzen.
5. Der Beschluss der Bürgerschaft vom 24.11.2016, VO/2016/04224 Ziffer 11, wird aufgehoben. Statt der seinerzeit beschlossenen Bereitstellung digitaler Haushaltsdaten im Format CSV wird der Interaktive Haushalt weiter genutzt und laufend aktualisiert.
6. Gemäß § 79 Abs. 1 der Gemeindeordnung (gleichlautend nach § 79 Abs. 1 in der ab dem 01.01.2021 geltenden Fassung der Gemeindeordnung) wird nach Beschluss der Bürgerschaft vom ..... und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde folgende **Haushaltssatzung** erlassen:

### § 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021 wird

1. im Ergebnisplan mit

einem Gesamtbetrag der <b>Erträge</b> auf	902.383.000	EUR
einem Gesamtbetrag der <b>Aufwendungen</b> auf	927.860.000	EUR
einen Jahresüberschuss von		
einen Jahres <b>fehlbetrag</b> von	<b>25.477.000</b>	EUR

2. im Finanzplan mit

einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	867.110.200	EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	881.006.900	EUR
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus <b>Investitionstätigkeit</b> und der Finanzierungstätigkeit auf	119.211.600	EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus <b>Investitionstätigkeit</b> und der Finanzierungstätigkeit auf	259.005.200	EUR

festgesetzt.

## § 2

Es werden festgesetzt:

- |    |  |             |     |
|----|--|-------------|-----|
| 1. | der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen | 69.860.600  | EUR |
| 2. | der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf                              | 55.483.000  | EUR |
| 3. | der Höchstbetrag der Kassenkredite auf   | 395.000.000 | EUR |
| 4. | die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf                        | 3.861,236   |     |

## § 3

Die Hebesätze für die Realsteuern sind wie folgt festgesetzt:

- |    |   |       |
|----|---|-------|
| 1. | Grundsteuer   |       |
|    | a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) | 400 % |
|    | b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)                              | 500 % |
| 2. | Gewerbsteuer  | 450 % |

## § 4

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen sowie Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung der Bür-

germeister seine Zustimmung nach § 82 Abs. 1 oder § 84 Abs. 1 in der seit dem 01.01.2021 geltenden Fassung der Gemeindeordnung erteilen kann, beträgt 250.000 EUR. Die Genehmigung der Bürgerschaft gilt in diesen Fällen als erteilt. Der Bürgermeister ist verpflichtet, der Bürgerschaft mindestens halbjährlich über die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben und die über- und außerplanmäßig eingegangenen Verpflichtungen zu berichten.

Mit Ausnahme der Eilentscheidungen des Bürgermeisters nach § 65 Abs. 4 GO ist bei einer beabsichtigten Verwendung von Budgetmitteln als Deckung für Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich eines anderen Fachausschusses auch eine vorbereitende Beratung im abgebenden Fachausschuss und im Falle widersprechender Empfehlungen der beteiligten Fachausschüsse das koordinierende Votum des Hauptausschusses einzuholen.

## § 5

Der Gesamtbetrag für max. abzuschließende Zinsderivate wird für das Jahr 2021 auf 50 Mio. EUR festgesetzt.

Die kommunalaufsichtliche Genehmigung wurde am ..... erteilt.

**(Ende des Satzungstextes)**

### Stellenplan

Der Stellenplan 2020 (3.714,633 Planstellen) wird zu dem Haushaltsjahr 2021 um die sich aus der ergebenden Stellenplanänderungen (Veränderungsliste) ergänzt und in der sich daraus ergebenden Fassung als **Stellenplan für das Haushaltsjahr 2021** festgesetzt: **3.861,236 Planstellen.**

Anlage 3

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	x

<b>zu 6</b>	<b>Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft</b>
-------------	--

<b>zu 7</b>	<b>Anträge von Ausschussmitgliedern</b>
-------------	---

<b>zu 8</b>	<b>Gleichstellung</b>
-------------	-----------------------

**zu 9      Verschiedenes**

Es liegt nichts vor.

**zu 10      Ende des öffentlichen Teils**

Der Vorsitzende schließt um 19:00 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und beendet die Sitzung insgesamt, da es keine Tagesordnungspunkte zum nichtöffentlichen Teil gibt..

**zu 16      Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

Lübeck, den 28. Oktober 2020

Peter Petereit  
Vorsitzende/r

Nadine Markmann  
Protokollführung